

Zwischen Ökumene und Kirchenamt

VON KARL HERBERT

Martin Niemöller zum 90. Geburtstag

Martin Niemöller, „der Mann in der Brandung“, hat in seinem an Spannungen und Auseinandersetzungen reichen Leben nicht zuletzt auch diese beiden Wirklichkeiten in sich vereinigen und ihre Spannung aushalten müssen: auf der einen Seite aus der ökumenischen Bewegung zu leben und ihr zu dienen und auf der anderen Seite Träger leitender Ämter im Gefüge der amtlichen Kirche zu sein. Beides begann schon bald nach Kriegsende. Im August 1945 wählte ihn die Kirchenversammlung in Treysa zum stellvertretenden Vorsitzenden des neugeschaffenen Rates der EKD und übertrug ihm zugleich die Leitung des Kirchlichen Außenamtes. Und schon im Oktober kam es in Stuttgart zur ersten Begegnung mit den Vertretern der Ökumene und jenem denkwürdigen Schuldbekennnis, das die Wiederaufnahme der deutschen Kirche in die ökumenische Gemeinschaft ermöglichte. Im Februar 1946 wurde Niemöller zusammen mit dem Ratsvorsitzenden, Landesbischof Wurm, in Genf von der Tagung des Vorläufigen Ausschusses des „in Bildung begriffenen Ökumenischen Rates“ — der ersten Zusammenkunft seit 1939 — willkommen geheißen und die Aufnahme der EKD in die Gemeinschaft der Mitgliedskirchen erklärt.¹ Mit Niemöllers Berufung in diesen Vorläufigen Ausschuß begann sein ökumenisches Engagement: Genfer Tagungen zur Vorbereitung der ersten Vollversammlung des ÖRK in Amsterdam, Predigt- und Vortragsreisen in die Schweiz, nach Belgien, England, Dänemark und Ende 1946 bis Mai 1947 in die USA, im Juli ökumenische Jugendkonferenz in Oslo. Als dann die eben neuerstandene Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) ihn am 1. Oktober 1947 zum Kirchenpräsidenten berief, war man sich seiner ökumenischen Verpflichtungen durchaus bewußt und gedachte sie nicht zu beschneiden. Der Synodalbeschluß hielt es ausdrücklich „für die Aufgaben der Kirchenleitung für ausschlaggebend wichtig, daß der lebendige, in Wechselwirkung sich vollziehende Zusammenhang sowohl mit der EKD wie mit der Ökumene in der Person des Vorsitzenden der Kirchenleitung hergestellt und erhalten wird“.²

Ob wir uns freilich damals der Konsequenzen voll bewußt waren, mag man im nachhinein fragen. Wer geglaubt hatte, das Leitungsamt einer nicht kleinen Kirche mit damals rund 900 Pfarrern und dazu die Aufgabe

in Rat und Außenamt werde dem ökumenischen Wirken nur noch begrenzteren Raum lassen, sah sich bald eines andern belehrt: Die erstaunliche Reihe der ökumenischen Reisen Martin Niemöllers bis Ende 1961³ zeigt, daß hier eine Verminderung kaum eingetreten war. Neben den offiziellen ökumenischen Aufgaben — auf der ersten Weltkirchenversammlung in Amsterdam 1948 wurde er in den Zentral- und den Exekutivausschuß des ÖRK gewählt, bei der zweiten Vollversammlung in Evanston 1954 zu beidem wiedergewählt, bis ihn die dritte 1961 in Neu-Delhi zu einem der sechs Präsidenten berief — seien hier nur die bemerkenswertesten Predigt-, Vortrags- oder Kontaktreisen jener Jahre genannt: Australien 1949, Südamerika 1950, Moskau 1952, Indien 1952/53, außer zahlreichen Aufenthalten in fast allen westeuropäischen Ländern auch mehrfach in Ungarn, der CSSR, Polen und nahezu in jedem Jahr mehrere Wochen in den USA. Mußte es da nicht zu Konflikten zwischen weltweiten Aktivitäten und den Anforderungen der eigenen Kirche kommen?

Niemöller war sich des Problems von Anfang an bewußt. Am Ende seines ersten Rechenschaftsberichts vor der Synode nach einem Jahr im Amt des Kirchenpräsidenten sagte er, er wage es, „die Synode zu bitten, mir für meine Arbeit in der EKD und in der Ökumene keine Einschränkung aufzuerlegen, wenn diese Mitarbeit auch einen nicht unerheblichen Teil meiner Zeit und Arbeitskraft in Anspruch nimmt . . . Ich bin überzeugt, daß auch der Segen dieser verschiedenen Arbeiten unserer Kirche und auch ihrer Kirchenleitung wieder zugute kommt“.⁴ Die Verpflichtungen nach draußen wie nach drinnen waren ihm so wichtig, daß er keine zurückstellen konnte. Das Ökumenische war ihm, der dazu, etwa im Unterschied zu Bonhoeffer, kaum Beziehungen hatte, zugewachsen, seit er für die Weltchristenheit zur Symbolfigur des christlichen Widerstandes gegen die NS-Tyrannie geworden war und ihn selbst in den langen Jahren der Haft die Gemeinschaft mit Mitgefangenen anderer Konfession zum Denken über die eigenen Kirchengrenzen hinausgeführt hatte; im KZ wurde nach dem Wort des amerikanischen Freundes E. Turner „der ökumenische Niemöller“ geboren.⁵ Auf der anderen Seite hatte er den Ruf nach Hessen und Nassau, wohin er nach der Befreiung und angesichts der Schwierigkeiten einer Rückkehr nach Dahlem durch die Einladung der fürstlich-Büdingenschen Familie verschlagen worden war, dankbar angenommen, weil ihm so die enge Berührung mit der Gemeinde ermöglicht wurde. Pflichtenkollisionen konnten freilich nicht ausbleiben. Schätzungsweise 3-4 Monate Abwesenheit im Jahr machten sich natürlich bemerkbar. Andererseits waren die engeren Mitarbeiter des damaligen Kirchenpräsidenten immer wieder überrascht, in wie kurzer Zeit

er Anschluß und Übersicht über die anstehenden Fragen fand und sich keineswegs scheute, sich auch der kleinen Dinge anzunehmen. Für manchen Beobachter war es schon beschämend, wie er Einladungen aus Gemeinden bei aller Arbeitsbelastung grundsätzlich nachkam oder bei Absagen wegen übergemeindlicher oder ökumenischer Dienste seinerseits einen möglichen Termin anbot. Kirche war für ihn zuerst Gemeinde und erst in zweiter oder dritter Linie Leitung. Im April 1950 sagte er vor der Synode: „Man hat mich oft einen Kongregationalisten genannt, nicht ganz mit Unrecht, denn ich meine, daß das Schwergewicht der Kirche nicht in der Kirchenleitung, sondern da liegt, wo das Evangelium gepredigt wird.“⁶ Und bei der Einführung seines Nachfolgers Wolfgang Sucker im Dezember 1964 hob er aus 1 Kor 12,28 hervor, daß bei Paulus „wir Regierer“ erst an vorletzter Stelle stehen.⁷

So rangierten für ihn die heimischen Dinge in Gemeinden und Pfarrerschaft nie nur am Rande, und dabei wirkten manche ökumenischen Anstöße ganz natürlich in die eigene Kirche hinein. Das geschah nicht immer planmäßig und bewußt. Gewiß, Pfarrertage, Dekanekonferenz, Synode oder gemeindliche Tagungen hörten manchen Bericht über weltweite Entwicklungen oder Eindrücke aus ökumenischen Reisen. Aber die Regel war das nicht, und es wurde im engeren Kreis der Mitarbeiter schon einmal die Frage laut: Was haben wir eigentlich von dem weltweiten Engagement des Kirchenpräsidenten? Müßten die Dinge nicht planmäßiger ausgewertet werden? Dazu fehlte oft Zeit und Kraft, aber auch die für die Leitung Mitverantwortlichen erwarteten das Wesentliche von Niemöller selbst und entwickelten nicht genug eigene Initiative. Trotzdem wäre es eine Täuschung zu meinen, die Arbeit in der eigenen Kirche habe sich abseits vom ökumenischen Geschehen vollzogen. Wenn sich die EKHN gelegentlich — nicht ohne leises Selbstbewußtsein — als ökumenisch geprägte Kirche bezeichnet hat, dann war das zweifellos Frucht jener Wechselbeziehung. Hier konnte man nicht am ökumenischen Geschehen vorbeileben. Wie stark Niemöllers Dienst in der Heimat aus ökumenischen Quellen gespeist war, sei im Folgenden beispielhaft an einigen Schwerpunkten aufgezeigt.

Es begann bereits mit den Predigten und Vorträgen zur gemeinsamen Schuld, jenem Thema, dessen sich Niemöller vornehmlich und von seinem eigenen Schicksal her mit besonderer Eindringlichkeit annahm, das ihn aber auch schon sehr bald als angeblichen Prediger einer Kollektivschuld — die er stets abgelehnt hat: „Es gibt keine Kollektivschuld, solange es kein Kollektivgewissen gibt. Es geht hier vielmehr um die Schuld des einzelnen. Es geht um die Verantwortung.“⁸ — in vielen Kreisen aus dem bewunder-

ten zum bestgehaßten Mann gemacht hat. „Ich habe zwei Jahre nichts anderes getan, als den Menschen diese Schulderklärung zu predigen — leider ohne Erfolg.“⁹ Entscheidender Anstoß dazu war ihm — einmal abgesehen davon, daß das Ganze überhaupt durch den nicht angekündigten Besuch der ökumenischen Vertreter bei der Ratssitzung in Stuttgart veranlaßt worden war — die bewegende Reaktion aus der Ökumene selbst. Er berichtet darüber mehrfach wenig später: „Wir . . . mußten es Gott überlassen, was er daraus machte, und haben die Antwort zu derselbigen Stunde bekommen, die Antwort, die uns den Weg ins Freie zeigte.“ „Der erste Mann, der uns auf dieses Schuldbekennnis geantwortet hat, ein holländischer Professor, sagte: ‚Liebe Brüder, das Wort, das ihr zu uns vor dem Angesicht Gottes gesprochen habt, ist mir zu einer Frage Gottes geworden an mein eigenes Gewissen, zu einer Frage Gottes, wo denn *meine* Sünde und Schuld liegt und die Sünde und Schuld *meiner* Kirche und die Sünde und Schuld *meines* Volkes, daß es mitten im christlichen Abendland so weit mit uns Menschen hat kommen können‘.“¹⁰ Und die anschließenden Voten der anderen Vertreter oder die später folgenden Antworten der Kirchen aus der Ökumene waren auf denselben Ton gestimmt und machten den Neubeginn christlicher Verbundenheit über die Berge von Greueln und Schuld hinweg möglich. Doch wer ließ sich bei uns schon gern an Schuld erinnern? „Kurz nach der Stuttgarter Erklärung hat mir ein Patriot gesagt: Sie hätten besser getan, wenn Sie mit Ihren amerikanischen Freunden darüber gesprochen hätten, daß sie besser daran täten, ein Schiff mit Lebensmitteln abzusen- den. Durch Gottes Gnade ist die Stuttgarter Erklärung heute viele Dutzende von Schiffen mit Liebesgaben wert geworden. Vielleicht sind diese auch nur deshalb gekommen, weil mit dieser Erklärung eine neue Bruderschaft in der Christenheit aufgebrochen ist.“¹¹ So zeigen Niemöllers Äußerungen aus jenen ersten Jahren, wie entscheidend diese Erfahrung von eigenem Schuldbekennnis und ökumenischer Antwort sein Zeugnis in dieser Zeit geprägt hat. Noch 1975 kann er im Rückblick sagen: „Das war echter Neuanfang, eine wirklich brüderliche Gemeinschaft, die ich draußen in der ökumenischen Bewegung oft deutlicher gespürt habe als in meiner eigenen Kirche zuhause“,¹² — so gewiß es auch draußen, insbesondere in Amerika, mitunter Widerspruch von dortigen „Patrioten“ gab.

Aber es blieb ja nicht bei der Schuldfrage. Hier hielt sich wenigstens innerhalb der Kirche der Protest in Grenzen. Immerhin war Stuttgart nicht das Wort eines einzelnen, sondern die Stimme des gesamten Rates der EKD, und die biblische Fundierung ebenso wie die ökumenische Bedeutung konnten nicht gut bestritten werden. Aber dann war es in den 50er

Jahren „der politische Niemöller“, der mit seinem Widerstand gegen die Remilitarisierung die Gemüter erregte und nicht nur in der breiteren Öffentlichkeit, sondern auch in der Kirche selbst leidenschaftliche Kontroversen auslöste. Nicht wenige meinten damals: Wo ist hier noch das biblische Zeugnis? Wo bleibt Barmen: Christus das eine Wort Gottes? Ist dies jetzt nicht eine rein politische Ansichtssache und damit doppelt problematisch bei einem Mann im kirchenleitenden Amt? So bemüht sich Niemöller immer wieder, seine eigentliche Motivierung deutlich zu machen. Das kündigt sich bereits an in einem Brief an seinen Bruder Wilhelm vom 9. 11. 1945: „Sieben Jahre habe ich in Dahlem vom rechten Glauben gepredigt, nun muß ich sieben Jahre von der rechten Liebe predigen, denn es geht um Vergebung und Hilfe, und das muß ja wohl ebenfalls beim Prediger selbst anfangen.“¹³ Für ihn ergab sich auch das, was er politisch zu sagen und zu vertreten suchte, aus dem Liebesgebot seines Herrn. So sprach er schon im Frühjahr 1946 vor der Studentenschaft in Marburg von der letzten Bindung des Glaubenden „an die Autorität Gottes, an den Gotteswillen, der uns in seinem Gebot gegeben ist. Wir sind frei, aber nicht um zu tun, was wir wollen, sondern um zu tun, was Gott von uns will: wir sind in die Verantwortung gestellt . . . Diese Verantwortung aber ist ihrem Wesen nach eine eminent politische Verantwortung. Das Gebot: Du sollst deinen Nächsten lieben als dich selbst! ist eine politische Angelegenheit, die unser Zusammenleben mit den Menschen bestimmt, und zwar nicht als eine äußere Autorität, sondern mehr als eine Verpflichtung, die uns innerlichst bindet.“¹⁴

1952 wird dies in einem Genfer Vortrag konkretisiert: „Sie erwarten an diesem Abend von mir eine Erklärung darüber, weshalb ich mich als Mann der Kirche seit über zwei Jahren mit lauter Stimme in meiner Heimat zu einer so hochpolitischen Frage, wie es die Wiederbewaffnung in Westdeutschland ist, geäußert habe“; weder aus grundsätzlichem Pazifismus noch gar aus nationalistischem Interesse, sondern „deshalb und deshalb allein, weil ich an die Menschen denke . . . Ich habe ein unruhiges Gewissen . . . im Blick auf jene 18 Millionen deutscher Menschen, die hinter dem sogenannten Eisernen Vorhang ihrem Schicksal überlassen sind und die seit sieben Jahren die ganze Last tragen und bezahlen müssen. Und leider werden sie auch im Falle einer Wiederbewaffnung in Deutschland die eigentliche und größere Last zu tragen bekommen. Einer muß wohl davon sprechen, wenn sich sonst niemand zum Mund der Stummen macht . . . Und einen zweiten Grund für meine Haltung darf ich auch noch anführen; auch dieser Grund hat es mit den Menschen und mit meiner christlichen

Verantwortung, wie ich sie sehen muß, zu tun: Es ist die Sorge darum, daß wir wieder einmal in die Versuchung geführt werden — und wie viele Menschen unseres deutschen Volkes sind immer noch oder schon wieder für diese Versuchung anfällig! —, daß wir in das furchtbare Freund-Feind-Denken zurückfallen und es wieder als selbstverständlich betrachten, daß es dem Feind gegenüber nichts anderes als das Schwert gäbe.“¹⁵ Noch 1963 betont er rückschauend: „Das war für mich jedenfalls eine unmittelbar christliche Motivierung, so wie ich mein Christsein verstehe.“¹⁶

Aber auch diese persönliche Entscheidung stand in größerem Zusammenhang. Schon 1949 macht Niemöller deutlich, daß von jener in der ökumenischen Gemeinschaft sichtbar gewordenen Vergebung eine gerade Linie herüberführt zum aktiven Einsatz für den Frieden und daß sich hier ökumenische Anstöße ausgewirkt haben: „In der Christenheit ist ein Neues aufgebrochen, das doch kein Neues ist. Die Kirchen in aller Welt, die sich im Ökumenischen Rat der Kirchen zusammengefunden haben, haben ihren Zusammenschluß nicht auf irgend ein gemeinsames Programm gegründet . . ., sondern sie wollen mit allen jenen Kirchen in Gemeinschaft treten, die ‚Jesus Christus als Gott und Heiland annehmen‘ . . . Wo er angenommen wird, wo man ihn den Herrn sein läßt, da wird aus der Vergebung gelebt, da kann nur aus der Vergebung gelebt werden. Und wo das geschieht, da wird seine Gemeinde eine Gemeinde der begnadigten Sünder, eine Bruderschaft der Versöhnung und des Friedens . . . Das ist's, was die Christenheit einer friedlos gewordenen Welt schuldig ist und nicht schuldig bleiben darf.“ In der uns in den Notjahren erwiesenen Hilfe „begegnen uns Menschen, die aus ihrer Bitterkeit frei geworden sind, die nun selber Hand anlegen und helfen möchten, Menschen, die versöhnt sind und wirklichen Frieden wollen, Frieden, an dem sie selber aktiv beteiligt sind“.¹⁷ Hier hat also das ökumenische Geschehen den Weg eröffnet für praktischen Dienst an Versöhnung und Frieden.

Die Konkretheit freilich, in der Martin Niemöller diesen Dienst verstand und die ihn nicht bei allgemeinen Appellen bleiben ließ, mußte den Träger eines kirchenleitenden Amtes bald in Konflikte führen. So kam es zu Auseinandersetzungen in der Synode der EKHN, die sich mehrfach in großer Intensität mit öffentlichen Äußerungen des Kirchenpräsidenten zu politischen Problemen befaßte. Zuerst im November 1950, als er nach Heinemanns Rücktritt als Bundesminister wegen der geplanten Remilitarisierung einen Offenen Brief an Bundeskanzler Adenauer gerichtet hatte, in dem er eine Befragung der Bevölkerung zu dieser Absicht bzw. Neuwahlen forderte. Die Wogen in der Öffentlichkeit und auch in der Synode gingen hoch.

Immerhin half zur Versachlichung der Debatte, daß wenige Tage zuvor der Rat der EKD nach Beratung mit der Kirchenkonferenz trotz unterschiedlicher Auffassungen den Gewissensernst der Frage anerkannt und die Verantwortlichen in Ost und West gemahnt hatte, „sie nicht gegen den Willen des Volkes zu entscheiden“. Und dann hieß es: „Kirchenpräsident D. Niemöller hat sich mehrfach zur Wiederaufrüstung in Deutschland geäußert. Der Rat erkennt den Ernst und das Gewicht seiner Fragestellung an. Er bedauert jedoch die Schärfe mancher seiner Äußerungen. Er bedauert aber auch die Form der Kritik durch den Bundeskanzler . . . Der Rat erneuert seine Bitte an alle Amtsträger der Kirche, in ihren politischen Äußerungen um ihres Dienstes willen am Evangelium, der allen gilt, möglichste Zurückhaltung zu üben.“¹⁸ Die Synodalentschießung nimmt den Ratsbeschluß erkennbar auf, weitet ihn aber zum Grundsätzlichen hin aus: „Die Kirchensynode der EKHN erklärt, daß das Evangelium von Jesus Christus nicht nur ein Wort für das innere Leben des einzelnen Menschen ist, sondern auch unser soziales, wirtschaftliches und politisches Handeln wird unter die Verantwortung vor Gott gestellt. Deshalb hat jeder evangelische Christ die Freiheit und das Recht, zu den Fragen des öffentlichen Lebens Stellung zu nehmen. In der evangelischen Christenheit ist in früherer Zeit diese Verantwortung oft nicht ernst genug genommen worden. Die Synode erkennt an, daß Kirchenpräsident D. Niemöller aus dieser Verantwortung heraus eine für unser Volk lebenswichtige Frage, an der kein Christ vorbeigehen kann, öffentlich zur Diskussion gestellt hat. Die Synode weiß, daß die Gemeinschaft im christlichen Glauben nicht zu einer einheitlichen Entscheidung in einer bestimmten politischen Frage führen muß, daß darum auch die Frage einer Wiederaufrüstung im Glauben verschieden beantwortet werden kann. Die Synode erwartet, daß alle Amtsträger der Kirche, je weiter ihre Stimme reicht, desto mehr, in politischen Äußerungen um ihres Dienstes am Evangelium willen, der allen gilt, in der Form möglichste Zurückhaltung üben, unnötige Schärfen vermeiden und sich des brüderlichen Rates bedienen.“¹⁹

Diese nicht unwichtige Grundsatzklärung der Synode war im Grunde auch die Leitlinie in den späteren heißen Auseinandersetzungen. So, als Niemöller 1953 im Blick auf die Bundestagswahl die politischen Gruppen, „die ohne einseitige — wirtschaftliche oder militärische — Bindung nach West oder Ost eine deutsche Politik der Wiedervereinigung und des Friedens zu treiben entschlossen sind“, zum Zusammenfinden aufrief und die Synode in außerordentlicher Tagung in seiner Abwesenheit mit Mehrheit (77 gegen 56 Stimmen) feststellte, er habe jenen Beschluß vom November

1950 verletzt.²⁰ Etwas grundsätzlich anderes als 1950 war auch nicht zu sagen, als es 1958 in den tiefgreifenden Gegensätzen um die atomaren Waffen zugleich zu einem — dann bereinigten — Konflikt zwischen dem Präses der Synode, Dr. Hans Wilhelmi MdB, und dem Kirchenpräsidenten um dessen Äußerung kam, das Rechnen mit Atomwaffen und das Vertrauen darauf sei praktischer Atheismus; in den Debatten stellte sich übrigens heraus, daß jene „Ohnmachtsformel“ der EKD-Synode vom 30. 4. 1958, als man sich gegenseitig nicht überzeugen, sondern die Divergenz nur stehenlassen konnte: „Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze“, von Martin Niemöller nicht etwa nur widerwillig akzeptiert, sondern selbst vorgeschlagen worden war.²¹ In einem blieb er freilich unerbittlich: Als sich Präses Wilhelmi in jenem Konflikt darauf bezog, die Institution Volkskirche lege dem Kirchenpräsidenten bestimmte Pflichten und Rücksichten auf, antwortete Niemöller: „Institution. Jawohl! Ich bin mir der Verantwortung, die ich für die Institution EKHN zu tragen bzw. mitzutragen habe, durchaus bewußt. Und wo da etwas gemangelt hat, da haben 11 Jahre allerdings manche Lücke auch ausgefüllt. Es liegt mir gar nichts daran, das zuzugeben. Ich habe sehr viele Fehler gemacht und werde wahrscheinlich auch noch eine ganze Reihe machen, aber daß Rücksicht auf die Institution Kirche die Predigt zu beeinflussen hätte, das, wovon ich zu sagen und zu verkündigen habe: das ist Wahrheit und das ist Lüge, nein, liebe Brüder, das gibt es nicht! Im Augenblick, wo es das gibt, gibt die Kirche mit ihrem Auftrag sich selber preis.“²²

Auch 1959 anlässlich Niemöllers „Kasseler Rede“²³ und des Strafantrages von Bundesverteidigungsminister Strauß gegen ihn wegen Beleidigung der Bundeswehr, der jedoch nicht zu einem Verfahren führte, ging die Synode nicht über jene Grundsatzserklärung von 1950 hinaus. Die mit ihr anerkannte Legitimität der früher nicht ausreichend erkannten politischen Verantwortung der Christen wurde auch gegenüber Niemöllers konkretem Bemühen nicht bestritten. Freilich sollten Amtsträger der Kirche „in der Form“ — um diese drei Worte war es in der letzten Phase der vielstündigen Debatte gegangen — Zurückhaltung üben und unnötige Schärfen vermeiden. Um die Form ging es eigentlich fast immer in den Auseinandersetzungen um Martin Niemöller, seit den Tagen des Kirchenkampfes und dem oft zitierten Wort von Präses Koch: „Bruder Niemöller, mußten Sie das gerade so sagen?“ Freilich diente die Formfrage auch nicht selten zum Mittel der Abwehr in der Sache. Entscheidend war, daß für viele eine dem herrschenden Trend zuwiderlaufende politische Entscheidung in einem Leitungsamt untragbar erschien. Das zeigte sich beispielsweise, als im März 1955 die

EKD-Synode in Espelkamp Gustav Heinemann nicht mehr zum Präses wiederwählte, da er Parteipolitiker sei — was 1948/49, als er noch nicht in Opposition stand, keineswegs ein Hindernis, sondern eher ein Plus gewesen war — und als wenige Wochen später, übrigens von demselben Sprecher, bei der VELKD-Synode in Weimar ein Wechsel in der Leitung des Kirchlichen Außenamts gefordert wurde, da es für seine Arbeit „in der Heimat eine wirklich breite Basis des Vertrauens“ besitzen müsse.²⁴ Der Vorgang führte zu Niemöllers Ausscheiden aus dem Rat und ein Jahr später zur Berufung eines neuen Leiters des Außenamts. Auch wenn es entschieden bestritten wurde, kann man sich dem Eindruck kaum entziehen, daß die Differenz in der Sache, nämlich der gegenteiligen politischen Entscheidung, bei beiden Vorgängen entscheidend war.

Zur Form seiner Äußerungen hat Niemöller selbst gelegentlich gesagt, er habe manchmal die zugespitzte Form gewählt, um aufzuschrecken und gehört zu werden.²⁵ Man wird hinzufügen dürfen, daß für ihn die Spontaneität der Aussage wichtiger war als eine nach allen Seiten hin abgesicherte Systematik. Josef Hromádka, der unvergessene Prager Freund und ökumenische Mitstreiter, konnte von ihm sagen: „Alles ist bei Niemöller konkret, lebendig, spontan und schlicht: kein dogmatisches System, keine konfessionelle Formel, keine kirchliche Institution, keine abstrakte Ideologie, kein politisches oder soziales System, sondern Jesus, der Gekreuzigte und Auferstandene, der wahrhaft den Menschen sucht, sich mit ihm solidarisch erklärt und ihm die Fülle des Lebens in Liebe, Freude und Hoffnung darbietet.“²⁶

Aber war solche Spontaneität im leitenden Amt einer Kirche zu ertragen? Nun, da er meist früher als andere Gefahren witterte und der Wind ihm fast immer entgegen war, konnte er die auf Bewahrung des Bestehenden bedachten Kirchenleute kaum überzeugen. Je mehr er im Brennpunkt stand, desto spürbarer sank die Zahl derer, die ihm nach Ablauf der Wahlperiode erneut ihre Stimme gaben: Oktober 1947 84 zu 22 bei 5 Enthaltungen; April 1950 nach Verabschiedung der Kirchenordnung, aber vor den großen Konflikten noch 136 zu 4 bei 25 Enthaltungen; März 1958 aber 99 zu 90 bei 6 Enthaltungen. Freilich haben zugleich — der Verfasser war Ohrenzeuge — solche, die gegen ihn gestimmt hatten, ihn beschworen, die Wahl dennoch wieder anzunehmen, eine Bestätigung des Wortes eines führenden älteren Synodalen, der mitten in der Auseinandersetzung vom November 1950 gesagt hatte: „Können wir als EKHN es uns leisten, einen solchen Kirchenpräsidenten, der so ist, wie er ist, zu tragen? Und ich meine, wir können uns das leisten. Ich meine, es gibt Kirchen in Deutschland,

die können es sich nicht leisten. Aber ich glaube, daß eine Kirche hier bei uns, nach unserer Art, in unserm südwestdeutschen Raum, sich das leisten kann, und vielleicht ist es für die Kirche auf die Dauer gar nicht so übel.“²⁷ So blieb er trotz des äußerst knappen Wahlergebnisses weiter Kirchenpräsident, bis er das Amt Ende 1964, zwei Jahre vor Ablauf der Wahlperiode, als 72jähriger auf eigenen Wunsch niederlegte. Ein gewiß unverdächtiger Zeuge, Bischof Otto Dibelius, in Politicis oft anderer Meinung als Niemöller, konnte sein Ausscheiden als „einen großen und spürbaren Verlust für die EKD“ bezeichnen²⁸, und es war auch Dibelius, der 1961 — also nach den tiefgreifenden Auseinandersetzungen — geurteilt hat: „Man mag über Niemöllers politische Ansichten denken, wie man will, wer einmal unter seiner Kanzel gegessen hat, weiß, daß er das Evangelium verkündet und nichts weiter will, als das Evangelium verkünden!“²⁹

Je mehr sich das Schwergewicht der Fragestellungen von dem engeren Bereich der deutschen Teilung und Wiederbewaffnung zu weltweiten Problemen hin verlagerte — Atomwaffen, Rüstungswettlauf, Bevölkerungsexplosion und Hunger, Kampf gegen Rassismus, Umweltzerstörung, Nord-Südkonflikt —, desto deutlicher wurde auch wieder, daß entscheidende Anstöße für Niemöller von dem ökumenischen Ringen um das rechte Zeugnis in der heutigen Welt ausgingen und er dem in der eigenen Kirche Geltung zu schaffen suchte. Er hatte seine Situation zwischen Ökumene und Kirchenamt einmal so umrissen: „Meine Stellung in Hessen und Nassau, das hat nach dem Friedberger Beschluß (seine erste Berufung 1. 10. 1947) etwas mit meiner Position in der Ökumene zu tun“³⁰ — und er dachte dabei sicher nicht nur an seine Freigabe für ökumenische Dienste, sondern auch daran, daß mit jenem Berufsbeschluß eine lebendige Wechselwirkung erhofft worden war. Martin Niemöller ist ja geradezu ein Beleg für Ernst Langes pointiertes Wort: „. . . was sind wir denn, wenn man das Ökumenische abzieht? . . . Die westdeutsche Christenheit ist etwas, sofern sie die westdeutsche Provinz der Weltchristenheit ist, und sonst gar nichts.“³¹ Mit der zunehmenden Bedrohung des Weltfriedens und der Möglichkeit der Vernichtung alles Lebens auf der Erde wies Niemöller immer wieder darauf hin, schon in Amsterdam 1948 habe die „erste Weltkirchenversammlung einmütig erklärt: ‚Kriege sind gegen den Willen Gottes!‘ Seither hat die Christenheit wieder begonnen, sich um diese gefährvolle Bedrohung des Menschengeschlechts zu kümmern, vor ihr zu warnen und zu ihrer Überwindung ihren Beitrag zu leisten. Sie hat das nur zögernd getan und mußte sich den Weg erst mühsam suchen, weil uns die väterliche Tradition keine Weisung hinterlassen hatte.“³² Dies galt insbesondere, seit mit Entwicklung

der Wasserstoffbombe ein Stand erreicht war, der für Niemöller einen Einschnitt in seinem Denken bedeutete und ihn zum Pazifisten gemacht hat.³³

So würdigte er bis ins letzte Jahrzehnt hinein die ökumenische Arbeit als Pionierdienst für die neue Dimension des christlichen Auftrags: Der ÖRK hat von Anfang an „diese Weltverantwortung der Kirche immer eindeutiger und klarer betont und herausgearbeitet. Er ist auch nicht bei Analysen und Programmierungsvorschlägen stehengeblieben, sondern hat Aktionen vorgeschlagen und führt sie praktisch durch, die beispielhaft die Beteiligung der Christenheit an der Verwirklichung einer ‚solidarischen Welt‘ aufzeigen und glaubwürdig machen.“ Bei der jüngsten Vollversammlung in Nairobi, an der Niemöller ebenfalls teilnahm, „ist es auch für den nicht-christlichen Beobachter überzeugend klargeworden, welchen überragenden Rang heute die Weltverantwortung der Christenheit im kirchlichen Denken einnimmt; man hat sich in Nairobi wohl tatsächlich mit allen Problemen befaßt, die eine ‚solidarische Welt‘ heute noch in Frage stellen oder verhindern“.³⁴ Was manchen anderen Beweis für eine „säkularisierte Ökumene“ sein mochte, bedeutete für ihn — und für die, die engeren Kontakt mit dem ökumenischen Geschehen zu halten suchen — Zeichen der Hoffnung: „Hier sehe ich im Rückblick auf die letzten 30 Jahre, die seit Ende des letzten großen Krieges vergangen sind, die ersten Anzeichen, daß doch noch etwas ‚Neues‘ werden könnte; ich bin auch überzeugt und bin dankbar dafür, daß die ‚Ökumenische Bewegung‘ Wegbereiterin dieses ‚Neuen‘ geworden ist und sich nicht als eine gemeinsame Interessenvertretung historisch gewordener, traditionell gebundener, organisatorisch etablierter Kirchen totgelaufen hat. Der Weltrat der Kirchen hat seit 1945, ehe er noch offiziell gegründet wurde (Amsterdam 1948), die Verantwortung der Christenheit für das Leben und Weiterleben der gesamten Menschheit proklamiert, ihre Erfüllung materiell bis an die Grenzen seiner Leistungsmöglichkeiten unterstützt; er hat auch seine Mitgliedskirchen zu diesem Dienst aufgerufen und willig gemacht, und die Ergebnisse sind durchaus ermutigend.“³⁵

Dabei ging es um das vielberedete prophetische Zeugnis der Christenheit, auch ein Stichwort aus der Ökumene, gewiß eine neu gestellte Aufgabe und doch nicht dahin mißzuverstehen, als berufe man sich auf eine unmittelbare Offenbarung, um dadurch unangreifbar zu sein. Gegen den Vorwurf eines prophetischen Anspruchs mußte sich Niemöller schon bald zur Wehr setzen, ob nun gesagt wurde, die Öffentlichkeit sähe ihn so oder seine Freunde entzögen ihm damit jeder Kritik. „Ich möchte nicht sagen, daß es keinen prophetischen Auftrag gibt, womit ich nicht sagen will, daß ich ein

Prophet wäre, und womit ich es mir verbitte, von irgend jemand als Prophet in Anspruch genommen zu werden.“³⁶ Prophetisches Zeugnis konnte und kann ja nur bedeuten auf die von Niemöller immer wieder eingeschränkte Frage: „Was willst du Herr, daß ich tun soll?“ im Hören auf die Schrift die Antwort zu suchen und seinen Willen in die gegenwärtige Welt hinein zu übersetzen. Gewiß wird das nicht geschehen können ohne die rechte Beurteilung des Zeitgeschehens, ein Charisma, das nicht jedem in gleicher Weise gegeben ist, das man aber einem Mann wie Niemöller kaum absprechen kann — bei aller Gebrochenheit und Irrtumsfähigkeit, die gerade er nie verleugnet hat.

Daß ihn dabei nicht das Bild eines einsamen Propheten bestimmte, wird auch daran deutlich, daß es ihm immer um das gemeinsame Zeugnis ging. Er konnte sich auch die gängige Unterscheidung: Der einzelne mag sich zur gewissenmäßigen Entscheidung in politischen Fragen genötigt sehen, die Kirche darf dafür nicht in Anspruch genommen werden — eine These, die von der Remilitarisierung bis zum Antirassismusprogramm gleichermaßen vertreten wurde — nie zu eigen machen. 1946: „Es ist ja auch nicht so, daß nur der einzelne solche Verantwortung trüge . . . Als bald treten wir ja hinein in die sichtbare Gemeinschaft seiner Kirche. Und nun hätten wir noch zu fragen, ob denn dieser Gemeinschaft der Christen nicht auch politische Verantwortung zufalle.“ Dabei ist er sich der Problematik bewußt: „Freilich, diese Gemeinde wird niemals als politische Gruppe neben andern auftreten können . . . Aber die Kirche als Gemeinschaft von Menschen unter dem Wort Gottes weiß, daß die Gebote Gottes im Leben der Menschen inmitten dieser Welt nicht ohne furchtbare Folgen beiseite getan werden können . . . Daher wird sie . . . sich auch im öffentlichen Leben dafür einsetzen, daß möglichst viel von christlicher Liebe und Bruderschaft zur Auswirkung kommt; sie wird sich zum Anwalt der Leidenden und Unterdrückten machen müssen und zur Vergebung und zum Frieden unter den Menschen aufrufen und beitragen.“³⁷ Im Grundsatz wird dies heute kaum mehr bestritten; aber noch immer beginnt der Streit, wenn es um konkrete Folgerungen geht. So heißt es 30 Jahre später: „Wenn Jesus seiner Jüngerschaft, der Christenheit oder der ‚Kirche‘ sagt: ‚Ihr seid das Salz der Erde!‘, dann sollen wir Christen wohl darauf vertrauen, daß wir aktive Solidarität üben dürfen und sollen, ohne um unser eigenes Überleben, ohne für unseren eigenen Bestand zu sorgen. Gerade diese Sorge um den eigenen Fortbestand hat die offizielle ‚Kirche‘ (die offiziellen Kirchen) immer neu davon zurückgehalten, aktive Solidarität zu üben, und sie dazu geführt, sich von der ‚Welt‘ der nicht-christlichen Menschheit, statt ihr in glauben-

der Zuversicht und im Geiste Jesu brüderlich, d. h. mitmenschlich, mitwirkend, mitarbeitend, zur Hand zu gehen, zu distanzieren.“³⁸ Solche Kritik an den etablierten Kirchen ist in den späteren Äußerungen Niemöllers unüberhörbar. Hatte er früher auf die These, die Volkskirche sei tot, noch erwidert: „Ja, wäre dies wahr, dann hätten wir es einfach . . . Für die Volkskirche gilt das Wort: ‚Verdirb es nicht, es ist trotz allem noch irgendwo ein Segen drin‘“,³⁹ hat er später darin wohl resigniert. Die wirtschaftliche Verflechtung der Kirchen in der Bundesrepublik, die Rücksicht auf einflußreiche Kräfte in der Gesellschaft und potente Kirchensteuerzahler haben nach seinem Eindruck den Kurs wesentlich mitbestimmt und in konkreten Entscheidungen — noch einmal sei das ökumenische Antirassismusprogramm oder die Stellung zu Südafrika genannt — eher zur distanzierenden Kritik am ÖRK als zu Schritten der Solidarität geführt. „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ — dieses harte Jesuswort hat Niemöller in diesen Jahren manchmal auch im Blick auf die Kirche gesagt. Freilich warnt er zugleich nach der anderen Seite, wohl auch zur engagierten jüngeren Generation hin davor, daß beim Bemühen um Solidarität mit der leidenden Menschheit „die Notwendigkeit gesellschaftlicher Struktur- und Verfahrensänderungen eine vordringliche Bedeutung bekommen hat“ und damit eine neue, ganz große Gefahr auf uns zugekommen sei: „die Versachlichung und Verdinglichung — d. h. aber die Entpersönlichung und schließlich Entmenschlichung — all unseres Müehens um menschliches Überleben . . . ‚Glaube‘ ist und bleibt ein persönliches Verhältnis, das niemals zur Sache gemacht werden kann, und dieses persönliche Verhältnis ist das ständige und lebendige Motiv, daß wir nicht für uns selbst leben, sondern für den Menschenbruder, in dem unser Bruder und Herr unsere Solidarität und unseren Dienst erwartet. Ob die ‚Kirche‘ diesen Dienst zu tun bereit ist, wird für ihr Fortbestehen entscheidend sein, jedenfalls bin ich — als nun alter Mann, der zur Jüngerschaft Jesu gehören möchte — dessen gewiß.“⁴⁰

Vieles von dem, was Niemöller — wie er meinte, ohne Erfolg — vertrat, ist unterdessen Gemeingut geworden: die Bedeutung des Stuttgarter Wortes, Partnerschaft mit den Kirchen in der DDR ohne Bevormundung, Verbindung zur russischen Orthodoxie, Unabdingbarkeit der Ökumene, politische Verantwortung der Christenheit, Widergöttlichkeit eines atomaren Krieges. Konkrete Entscheidungen freilich, die er forderte, auch praktische Konsequenzen aus grundsätzlich Anerkanntem blieben weithin aus. Ob das Zeugnis darum vergeblich war? Niemöller hat in seinem Gespräch zur Person⁴¹ als letzten Satz gesagt: „Natürlich kann ich irren.“ Worin er geirrt

hat, wird die Geschichte erweisen. Daß es aber heute beispielsweise zu einer breiten Friedensbewegung in der jungen Generation gekommen ist, mag auch eine späte Frucht jenes damals „zur Unzeit“ laut gewordenen Friedenszeugnisses sein, auch darin übrigens, daß die hier engagierten jungen Christen sich nicht auf den eigenen Kreis beschränken, sondern zur Zusammenarbeit mit anderen bereit sind, — was bei Niemöller oft Kopfschütteln erregte und doch seiner Erkenntnis entsprach: „Im Verhältnis zu dem, was in Richtung Frieden getan und geschaffen werden muß, spielt eine kleine, isolierte Christenheit gar keine Rolle.“⁴² Niemöller hat das Wort Jesu: „Wer sein Leben erhalten will, der wird es verlieren“ auch auf das politische Fixiertsein auf Sicherheit und Abschreckung angewandt. Erst recht wird seine Warnung an die Kirche vor einem Weg, auf dem die Entscheidungen unmerklich von der Erhaltung des eigenen Bestandes abhängig werden, nicht zu einer bloß historischen Reminiszenz werden dürfen. Das Wort rührt noch immer an den Nerv unserer Existenz als Gemeinde Christi. „Zwischen Ökumene und Kirchenamt“ oder anders gesagt: „Zwischen dem Wagnis neuer Wege und dem Bewahren des Bestehenden“ ist Thema geblieben bis heute.

ANMERKUNGEN

- 1 Marc Boegner in: H. Krüger (Hrsg.), *Bis an das Ende der Erde*, München 1962, 15.
- 2 Synodalprotokoll v. 1. 10. 47, 127.
- 3 In: *Bis an das Ende der Erde* (s. Anm. 1), 214-221.
- 4 Syn. Prot. v. 22. 11. 48, 196.
- 5 Nach D. Schmidt, Martin Niemöller, Hamburg 1959, 153. Das um einer im KZ lebenswichtigen geistigen Arbeit willen aufgenommene Studium der englischen Sprache sollte ihm später dazu eine entscheidende Hilfe sein (L. S. Hunter, in: *Bis an das Ende der Erde*, 60).
- 6 Syn. Prot. v. 11. 4. 50, 70.
- 7 Auch: *Wer regiert die Kirche?* in: M. N. Reden 1945-54, Darmstadt 1958, 132.
- 8 D. Schmidt a.a.O. 185.
- 9 Ebd. 187.
- 10 Reden 1945-54, 37; 22 f. Dazu auch W. A. Visser't Hooft, *Die Welt war meine Gemeinde*, München 1972, 232.
- 11 *Die Erneuerung unserer Kirche*, ungekürzter Erstdruck, München 1946, 16.
- 12 30 Jahre danach. Das Stuttg. Schuldbekenntnis 1945 ökumen. Neuanfang. epd ZA 213 v. 4. 11. 75.
- 13 W. Niemöller, *Zum Neuanfang 1945*. Antworten 16, Frankfurt 1967, 67.
- 14 Reden 1945-54, 96 f.
- 15 Ebd. 226 ff.
- 16 Fernsehgespräch zur Person mit Günter Gaus in: *Eine Welt oder keine Welt*, Frankfurt 1964, 227.
- 17 Reden 1945-54, 156 f.

- 18 Junge Kirche 1950, Sp. 739; Die Stimme der Gemeinde 12/1950, 3.
- 19 Syn. Prot. v. 29. 11. 50, 219.
- 20 Aufruf in: Reden 1945-54, 266 f.; sodann Syn. Prot. v. 4./5. 8. 53, 190.
- 21 Syn. Prot. v. 20. 4. 59, 72 u. 89.
- 22 Syn. Prot. v. 1. 12. 58, 29.
- 23 Reden 1958-1961, Frankfurt 1961, 71 ff.
- 24 V. Hertrich, Von Espelkamp nach Weimar. Sonntagsblatt Nr. 19 v. 8. 5. 55. Näheres zu beidem: Stimme der Gemeinde, Sonderheft März 1955, 9 f., ferner 1955, Sp. 269 u. 407 f.
- 25 Gespräch mit Gaus, Eine Welt oder keine Welt, 217.
- 26 Bis an das Ende der Erde, 25.
- 27 Prof. Martin Schmidt, Syn. Prot. v. 18. 11. 50, 48.
- 28 Rundfunkansprache, epd ZA 262 v. 12. 11. 64.
- 29 Der Mann in der Brandung, Frankfurt 1962, 103.
- 30 Syn. Prot. v. 28. 11. 50, 25.
- 31 Wissenschaft u. Praxis in Kirche u. Gesellschaft, 1974, 349 f.
- 32 Reden, Predigten, Denkanstöße 1964-1976, Köln 1977, 36.
- 33 Eine Welt oder keine Welt, a.a.O. 227 f.
- 34 Ebd. 257 f.
- 35 30 Jahre danach, ebd. 240 f. Auch unter dem Titel: Unser Blick wurde eng, in LM 1975, 244.
- 36 Syn. Prot. v. 28. 11. 50, 59.
- 37 Reden 1945-54, 100 f.
- 38 Reden, Predigten, Denkanstöße, 256.
- 39 Mitgeteilt von Wolfg. Sucker in: Antworten 16 (s. Anm. 13), 115.
- 40 Reden, Predigten, Denkanstöße, 241; LM 1975, 244.
- 41 Eine Welt oder keine Welt, 229.
- 42 Friedensarbeit kein christliches Monopol. Interview in: Weltweite Hilfe 134/135, Nov. 71/Jan. 72, 24.